
Volker Perthes

Iran – Eine politische

Herausforderung

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2572

Die Wahrnehmung Irans wird derzeit von den provokativen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad und dem Nuklearprogramm dominiert. Das Klischee vom weltfremden Mullah-Regime verstellt dabei den Blick auf ein Land, dem zentrale Bedeutung für den gesamten Nahen und Mittleren Osten zukommt. Dagegen skizziert Volker Perthes die differenzierten strategischen Positionen, die Radikale und Realisten innerhalb der iranischen Elite einnehmen. Europäischen Politikern empfiehlt er eine Politik, die das wechselseitige Vertrauen fördert und die Sicherheitsinteressen Irans wie seiner Nachbarn ernst nimmt. Damit liefert er einen fundierten Beitrag zu einer der wichtigsten politischen Herausforderungen der Gegenwart.

Volker Perthes leitet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Volker Perthes
Iran – Eine politische
Herausforderung

Die prekäre Balance von
Vertrauen und Sicherheit

Suhrkamp

edition suhrkamp 2572

Erste Auflage 2008

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2008

Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der
Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Libro, Kriftel

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12572-4

1 2 3 4 5 6 – 13 12 11 10 09 08

Inhalt

Einleitung: Warum wir Iran ernst nehmen sollten ...	7
I. Eine schwierige Geschichte	21
II. Politische Strukturen und der Kampf um Positionen	33
III. Dornröschen in Öl: Die iranische Wirtschaft wartet noch aufs Erwachen	40
IV. Die politische Elite	48
V. Iran und die Welt	60
VI. Das iranische Atomprogramm: Gewonnene Zeit, verlorene Handlungsoptionen	89
VII. Iran, Europa und die USA: Wege zur Vernunft	121
Literaturverzeichnis	157

Einleitung

Warum wir Iran ernst nehmen sollten

Wenn es um Iran geht, werden gern starke Worte benutzt. Die amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice hat Iran die »vielleicht größte Bedrohung« der USA genannt.¹ Präsident George W. Bush wurde noch konkreter und erklärte das Land, das dem Persischen Golf seinen Namen gegeben hat, zu »einer der zwei größten Bedrohungen Amerikas« in diesem Jahrhundert.² Das ist angesichts der Jahrzehnte, die wir da noch vor uns haben, eine zumindest analytisch recht mutige Aussage. Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad hat seinen amerikanischen Amtskollegen jedoch in dieser Hinsicht wiederholt übertrumpft. Iran, erklärte er gewissermaßen als Antwort auf Bush, sei »die mächtigste und unabhängigste Nation der Welt«. Mehr noch, er sei »stolz mitzuteilen, dass die Macht der iranischen Nation so weit geht, dass keine andere Großmacht es wagen kann, die Sicherheit und die Interessen der iranischen Nation zu gefährden«.³ Wenn er sich da mal nicht irrt.

Iran ist weder die größte Bedrohung der USA noch die mächtigste oder gar die unabhängigste unter den Nationen. Ein bedeutender ölexportierender Staat gewiss, aber auch ein Staat, der ohne ausländische Hilfe nicht einmal eine

1 »Rice nennt Iran größte Bedrohung der USA«, in: *Spiegel Online* (9. März 2006).

2 »Bush calls Iran one of the two greatest threats to America«, in: *The Times* (11. April 2008).

3 »Iran is the most powerful nation, says Ahmadinejad«, in: *Agence France Press* (18. April 2008).

Ölraffinerie bauen kann. Das Land stellt die internationale Gemeinschaft allerdings in mehr als einer Hinsicht vor große politische Herausforderungen. Der so genannte Atomkonflikt mit Iran ist das zentrale und meistbeachtete Thema, aber es sollte nicht der einzige Grund sein, sich mit diesem Land zu beschäftigen und sich Gedanken über die Iranpolitik der europäischen Staaten und der USA zu machen. Tatsächlich ist die Entwicklung Irans wie auch der Beziehungen zwischen Iran und dem Rest der Welt von einiger Bedeutung für die Zukunft der Region, für Fragen der Rüstungskontrolle und sogar für die Fortentwicklung des internationalen Systems und des »globalen Regierens« insgesamt. Von Europa aus betrachtet, gehört das Land zur weiteren regionalen Nachbarschaft, und die Entwicklung des Atomkonflikts ist auch ein Test für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union.

Der Nahe und Mittlere Osten

Neben dem arabisch-israelischen Konflikt stellt das Verhältnis Irans zu seiner regionalen und internationalen Umgebung die wesentliche geopolitische Herausforderung im Nahen und Mittleren Osten dar. Dabei steht das Nuklearthema – oder die Bemühungen Irans, einen vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf zu betreiben, der nach Ansicht der meisten Beobachter dazu genutzt werden könnte, eine militärische Nuklearfähigkeit zu erreichen – im Zentrum. Aber es ist nicht das einzige Konfliktthema zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft. In gewisser Weise symbolisiert der Nuklearkonflikt nur die Schwierig-

keiten dieser Beziehung. Die weitere Entwicklung dieses Konflikts wird die zukünftige Gestalt des Nahen und Mittleren Ostens, insbesondere der Region rund um den Persischen Golf, beeinflussen. Diese Region wird angesichts ihrer Öl- und Gasreserven auch in Zukunft weit vorn auf den Listen amerikanischer und europäischer, aber auch ost- und südasiatischer Interessensbekundungen stehen. Das iranische Nuklearprogramm könnte vorhandene Hemmungen reduzieren, die eine Weiterverbreitung solcher Waffen im Nahen und Mittleren Osten bislang verhindert haben. Tatsächlich beeinflusst es schon heute die Bedrohungsperzeptionen und die Sicherheitspolitik anderer Staaten in der Region.

Der Streit um das iranische Nuklearprogramm wirkt zudem auf das Ansehen Europas (und des Westens insgesamt) im Nahen und Mittleren Osten. Diese Wirkung ist keineswegs einheitlich – es kommt darauf an, mit wem man spricht. Unter den politischen Führern, vor allem in den arabischen Golfmonarchien, wird kritisch gefragt, ob und wie der Westen auch langfristig für die Sicherheit ihrer Staaten eintreten wird. In der breiteren Öffentlichkeit gerade auch arabischer Staaten gibt es dagegen viel Sympathie für die herausfordernde Haltung Irans, und nicht wenige sehen in der westlichen Iranpolitik Vorboten eines neuen Kreuzzuges, zumindest jedoch eine diskriminierende westliche Politik gegenüber muslimischen Staaten. Letzten Endes werden internationale und regionale Akteure zusammen zeigen müssen, ob sie in der Lage sind, eine regionale Sicherheitsarchitektur auf den Weg zu bringen, die zwischenstaatliche Konflikte zumindest reguliert und damit genug Stabilität für eine nachhaltige wirtschaftliche und politische Entwicklung schafft, oder ob die herrschende

Unsicherheit in der Region gewissermaßen institutionalisiert wird. Im letzteren Fall würden die Vereinigten Staaten und möglicherweise auch andere außerregionale Akteure weiterhin ihre militärische Stärke in die Golfregion und den Nahen Osten projizieren, um mit wechselnden Allianzpartnern eine recht volatile Machtbalance aufrechtzuerhalten.

Iran ist zwar in vielerlei Hinsicht eigen, aber es ist regional nicht isoliert. Angesichts des konfessionellen Gegensatzes zwischen Sunniten und Schiiten (der Mehrheits- und der Minderheitskonfession im Islam) wird der überwiegend schiitische Iran von vielen Sunniten mit großen Vorbehalten betrachtet. Trotz der unterschiedlichen Konfession ist Iran allerdings ein zentraler Teil und ein wichtiger Akteur in der islamischen Welt. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen den USA (oder einer westlichen Koalition) und Iran oder zwischen Israel und Iran würde die in vielen muslimischen Gesellschaften ohnehin verbreiteten antiwestlichen Einstellungen weiter stärken. Eine friedliche und konstruktive Beilegung der Konflikte könnte dagegen das Misstrauen zwischen westlichen und muslimischen Gesellschaften verringern und möglicherweise sogar zum Beispiel für die Beziehungen zwischen westlich-liberalen Staaten und solchen werden, in denen islamische oder islamistische Parteien regieren.

Nukleare Nichtverbreitung und globales Regieren

Falls Iran in den Besitz von Nuklearwaffen – oder kurz: »der Bombe« – käme, würde dies das globale Nichtverbreitungsregime, in dessen Zentrum der Atomwaffensperrver-

trag (oder Nichtverbreitungsvertrag) steht, erheblich beeinträchtigen, wenn nicht sogar zerstören. Zumindest einige der Großmächte würden dann wohl zu der Überzeugung kommen, der Atomwaffensperrvertrag habe zu viele Schlupflöcher, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen wirklich zu verhindern, und ihre Unterstützung für die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien reduzieren oder gar aufgeben. Andere aufstrebende Mächte des Südens könnten dem iranischen Beispiel folgen. Diese Bedrohung des Nichtverbreitungsregimes ist von der IAEO selbst erkannt worden: Die Behörde bemüht sich deshalb nicht nur um eine Beilegung der iranischen Krise, sondern auch darum, neue Instrumente zu entwickeln, um solche Konflikte zukünftig möglichst gar nicht mehr entstehen zu lassen. Man kann mit guten Gründen die Ansicht vertreten, dass Iran, wenn es denn in der Lage wäre, Nuklearwaffen herzustellen, eine verantwortlichere Atommacht sein könnte, als Pakistan dies bislang gewesen ist: Immerhin ist Iran ein gefestigter Staat, und Teheran würde – anders als Pakistans Nuklearheld Abdulqadir Khan – seine Technologie wohl kaum an jeden zahlungswilligen Kunden weiterverkaufen. Dennoch wäre eine »iranische Bombe« ein härterer Schlag für das Nichtverbreitungsregime, als Pakistans Aufstieg zur Atommacht es war, weil Pakistan wie auch Indien nie Mitglieder des Nichtverbreitungsvertrags waren, Iran diesem aber angehört und durch seine Bestimmungen gebunden ist. Das Risiko einer regionalen Weiterverbreitung von Nuklearwaffen wäre zudem im Nahen und Mittleren Osten größer als in Südasien. Gerade angesichts dieser mittelbaren Risiken des iranischen Programms gibt es heute eine neue ernsthafte Diskussion über die Zukunft der nuklearen Nichtverbreitung. Man könnte

so weit gehen zu sagen, dass man ohne die iranische Herausforderung derzeit nicht so intensiv über Vorschläge wie internationale Anreicherungscentren, multilaterale Konsortien zur Brennstoffherstellung oder Ergänzungen des Atomwaffensperrvertrags sprechen würde, die etwa regelmäßige und unangekündigte Inspektionen zur Regel machen würden. Wahrscheinlich wären amerikanische Strategen wie Henry Kissinger und George Shultz ohne das iranische Atomprogramm auch nicht auf die Idee gekommen, eine neue Debatte über eine Welt ohne Atomwaffen in Gang zu setzen.⁴

Wenn es gelingt, den Atomstreit mit Iran friedlich beizulegen, könnte dies auch ein Indikator für die Fähigkeit des »alten« Westens und der aufstrebenden Mächte des Südens werden, mit den Ambitionen ebendieser Mächte konstruktiv umzugehen. Wie immer der Konflikt mit Iran ausgeht: Der Verlauf und das Ergebnis dieser Auseinandersetzung dürften eine zumindest partielle Antwort auf die Frage geben, ob die jungen Großmächte des Südens in das gegenwärtige System globalen Regierens integriert werden können. Es ist sicher so, dass internationale Institutionen wie der Weltsicherheitsrat oder der Internationale Währungsfonds umgebaut werden müssen, um das neue Gewicht Chinas oder Indiens abzubilden, aber auch um weltweit neue Legitimität für diese Institutionen zu schaffen. Es wird aber auch entscheidend sein, wie Staaten wie Brasilien, Indonesien, Südafrika, Mexiko, Iran und andere zukünftig mit diesem System umgehen werden. Die Alternative zu einer konsensualen Anpassung dieser Institutionen könnte darin liegen, dass das System unter dem Druck der Neu-

4 Vgl. Shultz/Perry/Kissinger/Nunn (2007).

verteilung internationaler Machtgewichte zerbricht und eine nicht nur multipolare, sondern vielfach polarisierte Welt mit entsprechend angespannten Beziehungen zwischen den Staaten entsteht.

Ein Testfall für Europa

Iran stellt die EU und ihre gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ernsthaft auf die Probe. Während der diplomatische Einfluss Europas im Nahen und Mittleren Osten sehr begrenzt geblieben ist, hat Europa bei dem Versuch, eine diplomatische Lösung zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft zu finden, die Führung übernommen. Nachdem zunächst die so genannten EU-3 – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – die Initiative ergriffen hatten, kam Javier Solana, der Hohe Repräsentant der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, immer stärker ins Spiel, womit so etwas wie ein neues Format europäischer Außenpolitik entstand. Das europäische Engagement begann 2003 – als und weil man mit dem unilateralen Vorgehen der USA, die Verhältnisse im Nahen und Mittleren Osten militärisch neu zu ordnen, unzufrieden war, gleichzeitig aber beweisen musste, dass man selbst in anderer Weise mit außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen umgehen könne und sich auch nicht mehr darauf beschränken wollte, schlechte amerikanische Politik zu kritisieren oder zu blockieren und dabei auch noch eine Polarisierung innerhalb der EU zu riskieren. Das Vorgehen der EU-3 löste zunächst einige Bedenken kleinerer EU-Staaten aus, obwohl diese im Allgemeinen mit dem Inhalt der Initiative einverstanden wa-

ren. Das Vorgehen – immerhin beanspruchten ja drei große Staaten, für die EU zu sprechen – wurde akzeptabler, nachdem Solana mit an Bord war.

Für die EU wäre ein Erfolg der diplomatischen Bemühungen im Konflikt mit Iran auch mit Blick auf ihre eigene politisch-institutionelle Weiterentwicklung und ihren Status als internationaler Akteur von Bedeutung. Erfolg und Misserfolg sind in diesem Fall zwar nicht eindeutig definiert; ein Zusammenbruch des diplomatischen Prozesses oder die plötzliche Mitteilung Irans, es verfüge nun über eigene Atomwaffen, würden allerdings denjenigen Auftrieb geben, die schon immer an der Fähigkeit der EU gezweifelt haben, mit internationalen Krisen und Risiken wirksam umzugehen. Bislang ist Europa durch diese Herausforderung gewachsen: Es hat seine Politikinstrumente entwickelt und betreibt nun eine robuste Diplomatie, zu der sowohl Anreize wie auch Sanktionen und die Koordination einer internationalen Sanktionspolitik gehören. Dies findet in einem multilateralen Prozess und noch dazu als Mehr-Ebenen-Spiel statt: Für die Europäer ist es ein wenig so, als würden sie mit den Iranern Schach spielen, die dabei gelegentlich ihre Spielführer austauschen, anstatt ihre Figuren zu bewegen, und gleichzeitig mit den USA, Russland und China zu unterschiedlichen Regeln pokern.

Das transatlantische Verhältnis

Die amerikanische Regierung unter George W. Bush hat den europäischen Ansatz und auch die europäische Analyse der iranischen Entwicklungen nach und nach akzeptiert und dann zum Teil sogar übernommen. Das trifft vor allem

für die Annahme zu, Iran reagiere auf positive oder negative Anreize von außen und man müsse auch die legitimen Interessen der iranischen Führung berücksichtigen, um mit ihr ins Gespräch zu kommen. Obwohl die Regierung Bush eine militärische Option nicht ausschließt und auch die Nachfolgeregierung dies nicht tun wird, handelt es sich hier doch wohl um einen der wenigen Fälle, in denen es europäischen Entscheidungsträgern gelungen ist, zwar nicht alle, aber wesentliche ihrer Partner in den USA von ihrem Vorgehen zu überzeugen und damit auch auf der anderen Seite des Atlantik ein wenig Vertrauen in europäische Politik und nicht nur in europäische Analysefähigkeit zu erzeugen. Der EU ist es zudem gelungen, Russland und China so einzubinden, dass das so genannte 3-plus-3-Format (Deutschland, Frankreich, Großbritannien plus China, Russland, USA) entstehen konnte. In dieser Sechsergruppe finden seit 2006 regelmäßige Konsultationen statt, außerdem wird dort das Vorgehen gegenüber Iran wie auch im UN-Sicherheitsrat koordiniert. Europäische Diplomatie hat auch eine wesentliche Rolle gespielt, um Staaten wie Indien oder Südafrika dazu zu bringen, die Initiative der Sechsergruppe im Gouverneursrat der IAEO oder im Sicherheitsrat mitzutragen oder zumindest nicht zu blockieren.

Der weitere Umgang mit dem Thema Iran ist auch ein Test für das transatlantische Verhältnis selbst. Wenn der diplomatische Prozess, so schwierig er heute ist, vollständig zusammenbrechen sollte, könnte dies auch zu neuem Disens zwischen den EU-Staaten und den USA führen. Europäische Entscheidungsträger in der Politik wie auch in der Wirtschaft berücksichtigen in ihren Beziehungen zu Iran die amerikanische Haltung ohnehin und versuchen gelegentlich

zu antizipieren, wie Washington auf bestimmte Aktivitäten oder Geschäfte reagieren könnte. Dies ist angesichts der überragenden Bedeutung, die die USA als Allianz- und Wirtschaftspartner Deutschlands und Europas haben, auch nicht verwunderlich. Aus europäischer Perspektive ist es allerdings wichtig, dass die enge politische Koordination mit Washington keinen Automatismus schafft, bei dem die europäischen Staaten schließlich gezwungen sein könnten, einem amerikanisch bestimmten Kurs zu folgen, den sie ursprünglich nie einschlagen wollten.

Europäische Energiesicherheit

Die Bedeutung, die die Region um den Persischen Golf für die internationale Energieversorgung hat, ist unbestritten. Immerhin lagern hier über 60 Prozent der Welterdölreserven. Iran hat zudem eine besondere Bedeutung für die europäische Energiesicherheit, nicht zuletzt mit Blick auf die Möglichkeiten und Bestrebungen Europas, seine Gasversorgung zu diversifizieren. Iran und Katar verfügen zusammen über die weltweit größten Erdgasvorräte. Man sollte sich fragen, ob und wie diese Region eines Tages mit den Ländern verbunden sein wird, die in der Welt den größten Erdgasverbrauch haben. Idealerweise würden Pipelineverbindungen dafür sorgen, dass das iranische Gas direkt zur Versorgung europäischer Haushalte genutzt würde. Dies hängt allerdings nicht nur davon ab, ob die entsprechende Infrastruktur durch die Türkei in den Mittleren Osten gelegt wird (das Nabucco-Projekt), sondern auch von den politischen Entwicklungen innerhalb Irans und von den Beziehungen zwischen Iran und Europa. Iran ist der wich-

tigste Staat in der etwas weiter entfernten mittelöstlichen Nachbarschaft Europas, ein Land nicht nur mit Bodenschätzen, sondern auch mit großem Humanpotential und einer reichen und alten Zivilisation. Iran wird sogar ein direkter Nachbar der EU sein, wenn die Türkei, als Vollmitglied oder mit eingeschränkter Mitgliedschaft, beitrifft. Langfristig sollte man deshalb über praktikable Formen der Partnerschaft nachdenken. Dabei steht außer Frage, dass ein solches Ziel erst am Ende eines noch langen und schwierigen Weges stehen wird.

Wovon es abhängt

Eine verhandelte Lösung des Nuklearkonflikts mit Iran wird von drei Variablen abhängen: erstens einem internationalen Konsens darüber, dass Iran oder andere Staaten, die heute nicht zum Nuklearclub gehören, keine Atomwaffen erwerben dürfen; zweitens von der Fähigkeit und Bereitschaft der USA und Europas, Iran und anderen gegenüber deutlich zu machen, dass es bei dem Konflikt mit Teheran um nukleare Weiterverbreitung, nicht um den Charakter oder die ideologische Ausrichtung des iranischen Regimes geht; und drittens von innenpolitischen Entwicklungen in Iran.

Gerade mit Blick auf diese letzte, dritte Variable sollten wir uns klarmachen, dass unsere Politikoptionen in einem nicht unerheblichen Maße von unserer eigenen Analyse abhängen, also davon, wie wir verstehen, was die Objekte oder Partner unserer Politik bewegt. Dazu gehört das theoretische Vorverständnis, mit dem, oder die Filter, durch welche wir die Realitäten jenseits unserer eigenen Grenzen

wahrnehmen. Wenn wir die internationale Politik im Grunde als ein Nullsummenspiel und Iran schlicht als einen Staat betrachten, der von üblen Kräften regiert wird, die kein anderes Ziel haben, als Atomwaffen zu erwerben, um damit andere Staaten zu bedrohen oder zu zerstören oder zumindest doch dem Nahen und Mittleren Osten ihre Hegemonie aufzuzwingen – dann ist das Spektrum politischer Handlungsoptionen tatsächlich eng begrenzt. Wenn wir uns allerdings um eine höhere Anreicherung unserer Analyse bemühen, indem wir unter anderem das Innenleben, die politischen Fraktionierungen, widerstreitende Interessen oder die historisch und kulturell geprägten Normen und Weltbilder betrachten, die einen Einfluss auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen in Iran haben – dann erweitert sich auch bei uns das Spektrum politischer Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten.

Insofern wird europäische oder auch amerikanische Politik gegenüber Iran – das betrifft den Nuklearkonflikt genauso wie andere Probleme – auch von unserer Fähigkeit, Iran richtig zu »lesen«, bestimmt werden. Passen unsere Analyseinstrumente? Ist die Islamische Republik Iran ein exzeptionelles Regime, wie das durch Begriffe wie »Mullah-Regime« oder »Gottesstaat« suggeriert wird? In diesen Beschreibungen schwingt immer die Vorstellung mit, die führenden Vertreter eines solchen Regimes würden weniger von Interessenkalkulationen als vielmehr von religiösem oder gar messianischem Eifer getrieben. Oder ist Iran letztlich eines unter vielen semiautoritären revolutionären oder nachrevolutionären Regimes in einer spannungsgeladenen regionalen Umgebung, dessen Akteure ihre Interessen rational kalkulieren? Die Europäer haben sich in ihren Verhandlungen mit Iran meist von dieser letzteren

Annahme leiten lassen; die Ende 2007 von den amerikanischen Geheimdiensten veröffentlichte Einschätzung iranischer Politik kommt zu dem gleichen Schluss. Letztlich heißt das, dass Iran – wie andere Staaten auch – eigene Vorteile und Nachteile abwägt und Politik nach seinen Interessen ausrichtet. Für die internationale Diskussion über den richtigen Umgang mit dem Land ist die Frage nach den Triebkräften iranischer Politik ganz entscheidend. Sie steht deshalb im Zentrum des vorliegenden Buchs.

Dieses Buch basiert auf einem Bericht, den ich für die Trilaterale Kommission geschrieben habe. Mein besonderer Dank gilt Paul Révay, der mich im Februar 2008 auf einer Informationsreise nach Teheran begleitet und die Entstehung des Berichts mit großem Einsatz gefördert hat, vielen genannten und nicht genannten Freunden und Gesprächspartnern in Iran sowie meinen Mitarbeiterinnen Marion Calistri, Eva Dingel und Nicole Renvert. Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate sind, so nicht anders angezeigt, meine eigenen.